

## Einwanderungsgesellschaft evidenzbasiert gestalten – Kommunales Integrationsmonitoring weiterentwickeln

**Digitale Fachtagung, 6. April 2022, 10:00 bis 14:30 Uhr**

In der kommunalen Integrationspolitik finden Monitoringsysteme und Indikatoren seit vielen Jahren Anwendung. Dabei zielen die Kommunen auf ein Beobachtungssystem, das Auskunft darüber gibt, wie sich Teilhabe in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, z.B. Arbeit, Bildung und Wohnen, darstellt. Erhebung und Verwaltung eines umfangreichen Indikatorensets sind auf kommunaler Ebene mit vielen Herausforderungen und einem hohen Aufwand verbunden, nicht zuletzt, weil sich Bedarfe im Laufe der Zeit verändern und deshalb neue Indikatoren und entsprechende (regelmäßige) Erhebungen benötigt werden. Mit dem Projekt „Kommunales Integrationsmonitoring. Begleitung und Erprobung der Indikatorenanwendung – Indikatorenset 2.0“ reagierte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) auf diesen Anpassungsbedarf und setzte – in Kooperation mit zehn Kommunen – ein im Nationalen Aktionsplan Integration (NAP-I) formuliertes Kernvorhaben um. Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit werden in der Fachtagung vorgestellt und in eine breitere Diskussion eingebettet.

### Programm

- 10.00 Uhr **Begrüßung**
- Einwanderungsgesellschaft vor Ort – evidenzbasiert Zusammenwachsen und Teilhabe gestalten
- Staatsministerin Reem Alabali-Radovan, MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Videogrußwort)*
- 10.15 Uhr **Kommunales Integrationsmonitoring – Wo stehen, was brauchen, was diskutieren Kommunen?**
- Kommunen gehen unterschiedliche Wege, um quantitative und qualitative Daten zum Stand von Teilhabe in verschiedenen Bereichen zu erfassen und fortzuschreiben. Am Beispiel von drei Kommunen werden ausgewählte Vorgehensweisen präsentiert.
- Großstädte: Der Münchner Weg
- Reyhan Kulaç-Brechfeld, Landeshauptstadt München, Stelle für interkulturelle Arbeit*
- Mittelstädte: Der Ravensburger Ansatz
- Stefan Goller-Martin und Martin Diez, Stadt Ravensburg, Amt für Bildung, Soziales und Sport*
- Landkreise: Der Weg des Landkreises Osnabrück
- Werner Hülsmann, Landkreis Osnabrück, Integrationsbeauftragter*
- Erkenntnisse aus dem Modellprojekt „Kommunales Integrationsmonitoring. Begleitung und Erprobung der Indikatorenanwendung“
- Dr. Bettina Reimann, Difu, Team- und Projektleiterin*
- 11.30 Uhr Pause

12.00 Uhr **Vertiefung in Arbeitsgruppen**

Da die Möglichkeiten und Voraussetzungen für ein kommunales Integrationsmonitoring für Großstädte, kleinere und mittlere Städten sowie Landkreise sehr unterschiedlich sind, erfolgt die Diskussion in drei parallelen Arbeitsgruppen. Darin sollen Erkenntnisse zur *Datenzugänglichkeit*, zum Umgang mit dem *Differenzierungsmerkmal Migrationshintergrund* sowie zur Einbettung der Daten und Indikatoren in *Berichterstattungen* und gesellschaftspolitische Diskussionen ausgetauscht werden.

13.00 Uhr Pause

13.30 Uhr **Integrationsmonitoring im Föderalismus – Zusammenspiel mit Bundes- und Länderebene**

Auch der Bund und die Bundesländer erheben im Rahmen Indikatoren gestützter Monitorings Daten zu Migration und Integration, um vorangegangene integrationspolitische Entwicklungen und den weiteren Verlauf der Integrationspolitik besser einschätzen zu können sowie generell Integration zu fördern.

Integrationsmonitoring auf Bundesebene

*Dr. Niklas Harder, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V., Berlin*

Integrationsmonitoring auf Länderebene

*Vane Celakov, Vertreter für die Integrationsministerkonferenz, Freie und Hansestadt Hamburg*

14.00 Uhr **Ausblick: Kommunales Integrationsmonitoring – Quo Vadis?**

Schlussfolgerungen aus dem Projekt

*Dr. Bettina Reimann, Difu*

Einordnung und Kommentar

*Prof. Dr. Petra Bendel, Vorsitzende des Sachverständigenrats für Integration und Migration, Professorin für Politische Wissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (entfallen)*

14.30 Uhr **Ende der Tagung**

**Moderation: Dr. Beate Hollbach-Grömig, Difu**

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Migration, Flüchtlinge und  
Integration